

BUNDESWEHR

Teurer Hundezwinger

Abstruse Blüten treibt die Regelungswut bei der Bundeswehr: Seit knapp einem Jahr, so belegen interne Unterlagen, streiten mindestens fünf militärische und zivile Abteilungen des Wehrrsors um eine artgerechte Behausung für zehn Diensthunde der deutschen Kfor-Friedenstruppen im Kosovo. Das Feldlager Prizren benötigt eine neue Hundeunterkunft, weil auf dem Areal des bisherigen Zwingers ein Lazarett errichtet werden soll. Der erste Kostenvoranschlag für gemäß den „Baufachlichen Richtlinien der Bundeswehr“ (BFR) ausgeführte Hütten, dazu „Stöberplätze“ und ein Auslauf mit „Gesamt-Überdachung“, belief sich auf gut 300 000 Euro. Das war selbst tiereliebten Militärs vor Ort zu viel: Um die Kosten auf maximal 100 000 Euro zu senken, sollten die Hütten einfache Wellblechdächer und Holzböden bekommen. Auch der Auslauf könne ver-



GASPA / IMAGO

Bundeswehrsoldat mit Diensthund

kleinert werden, weil die Hunde ohnehin den ganzen Tag auf Streife unterwegs seien. Der Bonner Führungsstab des Sanitätsdienstes protestierte: Wenn Regen auf Wellblech prasselte, so ein Vermerk vom 23. Februar, komme es zu „starker Geräusentwicklung“, was „ineffektive Ruhephasen“ der Tiere und „deutliche Leistungseinschränkungen“ zur Folge haben könne. Holzböden zögen „Schädlinge, z. B. Nager“, an, denen „natürliche Feinde, z. B. Schlangen, nachfolgen“ könnten. Gemäß BFR sei nur ein Zwingerboden aus einer „frostsicheren Stahlbetonplatte“ mit „Zementestrich“ und „unglasierten Fliesen“ von „mindestens 30x30 cm“ zulässig. Nur so könnten die Zwinger bei „Nutzerwechsel“, wenn ein Hund abgelöst wird, sicher desinfiziert werden. Wegen des Gerangels verschob sich der Baubeginn nun auf April. Derzeitiger Kostenvoranschlag: 162 000 Euro.



ROSLAN RAHMAN / AFP

Vermissten-Suchtafel in Phuket

TSUNAMI

Empörte Flutopfer

Südostasien-Touristen, die der Flutkatastrophe entkommen sind, haben sich über ihre Behandlung durch das Auswärtige Amt beschwert. Deutsche Botschaften in den betroffenen Ländern hatten den Reisenden in ihrer Notlage Geld, etwa für Kleidung und Telefonate, ausgelegt. Bereits einen Monat nach dem Tsunami wurden Überlebende aufgefordert, das Geld zurückzuzahlen. So erhielt eine Frau, deren Ehemann bei der Katastrophe ums Leben kam, einen Bescheid mit Datum vom 31. Januar der deutschen Vertretung in Bangkok. Sie solle, heißt es in dem Schreiben, die „Konsularhilfe in Höhe von 98,14 Euro“ an die Bundeskasse Bonn überweisen. In ihrer Antwort an die Botschaft in Thailand drückt die Frau ihr „völliges Unverständnis über diese Rückforderung“ aus. Das „erfahrene persönliche Leid“ und „die entstehenden persönlichen großen Folgekosten“ hätten sicherlich auch den Verzicht auf die Forderung ermöglicht, so die Überlebende. Einem Mann aus Baden-Württemberg wünschte der Konsularbeamte am Schluss des Zahlungsbescheids: „Ihnen und Ihrer Familie ein gesundes neues Jahr“; der Mann hat Tante und Onkel in der Flut verloren. Das Auswärtige Amt bedauere „die gedankenlose Verwendung dieser Standardformel“, so ein Sprecher. Es handle sich bei den Schreiben um Ausnahmen, die meisten Hilfeempfänger seien von der Rückzahlungspflicht befreit worden. Den vom Tsunami betroffenen Ländern hat die Bundesregierung im Januar die Rekordsumme von 500 Millionen Euro als Aufbauhilfe zugesagt.

RÜSTUNG

Fragwürdige Waffe

Das im Bundestag umstrittene Rüstungsprojekt zur Raketen- und Fliegerabwehr beschäftigt nun auch das Europaparlament und den europäischen Ministerrat. Die Grünen-Abgeordnete Angelika Beer brachte vergangene Woche in Brüssel eine Reihe von Anfragen zu dem Milliardenvorhaben (Nato-Kürzel: „Meads“) ein, das Deutschland mit den USA und Italien verwirklichen will. Die Grünen zweifeln an der Finanzierbarkeit und am Sinn des Waffensystems, das vor allem Interventionstruppen gegen ballistische Raketen, Flugzeuge, Marschflugkörper und anderes unbemanntes Fluggerät schützen soll, aber kaum zum Heimatschutz taugt. Eine von Verteidigungsminister Peter Struck (SPD) für Anfang März gewünschte Abstimmung im Haushaltsausschuss des Bundestags musste wegen der Grünen-Vorbehalte bereits vertagt werden – vorerst bis Mitte April. Wehrexpertin Beer rügt nun, dass die eigens zur Koordination von Rüstungspro-

grammen geschaffene Europäische Verteidigungsagentur bei „Meads“ nicht eingeschaltet ist – und fragt, ob das transatlantische Vorzeigeprojekt den Anforderungen und Prioritäten der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik entspreche. Deutschland ist mit 25 Prozent an „Meads“ beteiligt und soll allein zu den Entwicklungskosten rund 850 Millionen Euro beitragen. Weitere Milliarden würden später für den geplanten Kauf von zwölf „Meads“-Feuereinheiten fällig.



DPA

Raketenabwehr